

18.03.2014

## **Antrag**

**der Fraktion der PIRATEN**

**Eine Minute vor zwölf – Nach Absage des Bundes zur Weiterfinanzierung der Schulsozialarbeit muss Landesregierung endlich handeln**

### **I. Ausgangslage**

In den Haushaltsberatungen 2014 haben die Landesregierung und die regierungstragenden Fraktionen in Hinblick auf die Weiterfinanzierung der allorts erfolgreichen Arbeit der Schulsozialarbeit in NRW Hochschulen versichert sich auf Bundesebene für eine Finanzierungsübernahme einzusetzen. Spätestens nach der öffentlich gewordenen Antwort der Bundesarbeitsministerin Nahles (SPD) an die Fraktion Bündnis 90/Grünen im NRW-Landtag ist klar, dass der Bund eine Finanzierung ausschließt. Dies ist gerade im Hinblick auf die Frage der Kontinuität der Arbeit der Schulsozialarbeiterin und Sozialarbeiter von herausragender Bedeutung. Hier hat die nordrhein-westfälische Landesregierung ihre Hausaufgaben nicht erledigt und trägt die eigene Tatenlosigkeit auf dem Rücken der Eltern, Beschäftigten und Kindern aus.

Die Landesregierung hat trotz mehrmaligen Ankündigungen in den Verhandlungen mit dem Bund keine befriedigende Lösung der Finanzierung der Schulsozialarbeit in NRW erreicht. Bis heute ist kein schlüssiger Plan B bekannt und vorhanden. Die Landesregierung trägt die Verantwortung dafür, dass zum neuen Schuljahr vielerorts die erfolgreiche und von ihr selbst gelobte Schulsozialarbeit zusammengekürzt wird. Es ist nötig jetzt zu handeln und die nötigen Mittel bereit zu stellen und sie durch ein Landesprogramm auch für die nächsten Jahre sicherzustellen

Datum des Originals: 18.03.2014/Ausgegeben: 18.03.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

**II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf**

- endlich im Landeshaushalt die nötigen Mittel zum Erhalt der Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter in den NRW-Kommunen als Landesprogramm einzustellen.
- sich weiterhin auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass sich der Bund bei der Finanzierung des Programms für Schulsozialarbeit angemessen beteiligt.
- gemeinsam mit den Kommunen zu vereinbaren, wie eine kontinuierliche Verstärkung der Mittel für Schulsozialarbeit gewährleistet wird.

Dr. Joachim Paul  
Nicolaus Kern  
Monika Pieper  
Olaf Wegner

und Fraktion